

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 40690, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 50.

Donnerstag, den 28. Februar 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Reform oder Umsturz.

„Gegen den Umsturz“, das war die gemeinsame Wahlsparole des Hottentottenblocks. Wir empören uns darüber nicht, weil wir wissen, daß es nicht anders sein kann. Die Revolution, der „gewaltsame“ Umsturz, wie unsere Gegner das immer so verständnisvoll auszudrücken pflegen, bildet die Grenzschmelze zwischen uns und den andern. Oft hört man Mitglieder gegnerischer Parteien erklären, daß sie auch den Kapitalismus tüchtig angreifen und seine Mißstände verbessern wollen, daß sie überhaupt den sozialistischen Gedanken und Idealen nahe ständen. Aber den gewaltsamen Umsturz wollen sie nicht, die Katastrophentheorie halten sie für unrichtig, das Hinarbeiten auf eine Revolution für verwerflich, weil sich alles auf dem Wege der friedlichen Reformarbeit viel besser machen lasse.

Nun gibt es für die Sozialdemokraten kaum ein schöneres Thema als über den Umsturz zu reden, weil fast nirgends entweder die plumpe Unwahrscheinlichkeit oder die törichte Beschränktheit unserer Gegner schärfer gekennzeichnet werden kann. Denn es läßt sich beweisen, daß es sich gerade umgekehrt verhält: die Sozialdemokratie tut ihr möglichstes, um den Weg des friedlichen reformatorischen Übergangs zum Sozialismus vorzubereiten, während ihre Gegner ihr möglichstes tun, um eine gewaltsame Revolution heraufzubeschwören.

Daß es unser Wunsch ist, unsere Ziele auf dem friedlichen Wege der Reformarbeit zu erreichen, braucht man uns nicht als bloße Versicherung zu glauben, wir haben es gezeigt durch die Augenblicksforderungen unseres Programms. Wenn diese politischen und sozialen Forderungen durchgeführt und streng innegehalten werden, so wird der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus sich allmählich, auf gesetzlichem Wege, ohne Katastrophen vollziehen können. Wenn das Wahlrecht und alle politischen Einrichtungen völlig demokratisch aufgebaut werden, wenn durch guten Arbeiterschutz, durch Verbesserung der Erziehung und der Lebensverhältnisse, durch Förderung der Organisation der verstumpenden, herabdrückenden Tendenzen des Kapitalismus wirksam entgegengetreten wird, so ist dadurch die Möglichkeit geschaffen, durch weitere regelmäßige Reformarbeit unsere Ideale immer mehr zu verwirklichen. Dieses Programm bieten wir den Arbeitern, damit sie sehen, wie es sich machen ließe, wenn die herrschenden Klassen nur wollten; dieses Programm bieten wir auch den besitzenden Klassen, damit sie offen zeigen können, was ihnen lieber ist, der gesetzliche Fortschritt oder die Aufrechterhaltung ihrer Ausbeutung um jeden Preis.

Die Praxis hat aber schon längst bewiesen, daß wir uns in dieser Hinsicht keine Illusionen machen dürfen. Wir haben den Weg angegeben, auf dem man die Mißstände des Kapitalismus beseitigen könnte, aber uns fehlt bisher die Macht dazu. Die besitzende Klasse hat die Macht, aber sie denkt nicht daran, diesen Weg zu gehen. Nach einigen kleinen, im Verhältnis zur Größe des Übels lächerlich unbedeutenden Anläufen, die eingestandenemmaßen nur die Arbeiterklasse ködern und vom Sozialismus trennen sollen, haben sie nichts mehr getan. Und wo sie die Möglichkeit in der Ferne heranrücken sehen, daß wir trotz der Mängel des allgemeinen Wahlrechts die parlamentarische Mehrheit erobern könnten, reden sie jetzt schon von dem Staatsstreich, der der Möglichkeit dieser Entwicklung einen Niegel vorchieben soll.

An diesen Tatsachen, die jeder kennt, ist zu erkennen, daß wir nach Möglichkeit auf einen friedlichen, gesetzlichen und unsere Gegner auf einen gewaltsamen Ausgang des Klassenkampfes hinarbeiten. Wir haben jedoch keine Ursache, ihnen dies zum besonderen Vorwurf zu machen, da wir die Ursache ihrer Haltung verstehen; unsere Ausführungen beschäftigen nur, die Haltlosigkeit des Geredes darzutun, als müßten wir durch unser Hinarbeiten auf den gewaltsamen Umsturz den Abscheu aller friedfertigen Viedermänner verdienen.

Die Ursache dieser gegnerischen Taktik ist in der Natur des Klassenkampfes zu finden. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß unser Klassenkampf nicht bloß ein Interessenkampf ist von zwei Gruppen, die um ihren Anteil an dem gesellschaftlichen Produkt streiten, sondern ein Kampf um die Grundlage der Gesellschaftsordnung, die Ausbeutung. Wo zwei Parteien streiten um die Verteilung eines gemeinsam erworbenen Gutes, da stehen ihre Interessen wohl einander gegenüber, aber sie sind nicht völlige Gegensätze. Da wird es von der relativen Macht der beiden Parteien abhängen, wieviel jeder bekommt. Je nachdem die eine oder die andere Partei stärker ist, wird sie ein größeres Stück beanspruchen können. Weil der Kampf sich um das Mehr oder Weniger dreht, ist der Ausgang auch ein Mehr oder Weniger, und

nicht ein Alles oder nichts. In diesem Verhältnis stehen im allgemeinen zwei Klassen, die ein gemeinsam erworbenes Produkt verteilen müssen. So steht es z. B. mit den Kapitalisten und den Grundbesitzern, die den gemeinsam aus der Arbeiterklasse geholten Mehrwert zu verteilen haben. Je nachdem die eine oder die andere, oder die andere die eine Klasse mehr braucht und weniger gegen sie ausrichten kann, wird die Verteilung anders sein. Aber eben deshalb, weil sie sich als Kampfgegner gegenüberstellen, wird keine von beiden alles nehmen können, um der andern nichts zu lassen.

Ganz anders liegt das Verhältnis bei dem Kampf zwischen einer beherrschten, ausgebeuteten und einer herrschenden, ausbeutenden Klasse. Hier geht es nicht um die Verteilung eines gemeinsam erworbenen Produkts, denn im Worte Ausbeutung liegt schon eingeschlossen, daß es das Produkt der einen Klasse ist, von dem die andere ein Stück wegnimmt. Der Kampf geht deshalb nicht um etwas mehr oder weniger Ausbeutung, sondern um die Ausbeutung selbst. Deshalb kann hier keine Rede davon sein, daß die beherrschte Klasse in dem Maße dieses Verhältnis abzuändern vermag, als sie an politischer Macht zunimmt. Solange sie Minderheit ist, solange ihre politische Macht geringer ist als die Macht der Ausbeuter, solange bleibt die Ausbeutung bestehen; und sobald sie die größere Macht besitzt und dem Gegner gerade etwas überlegen ist, hebt sie die Ausbeutung nicht zu etwas mehr als die Hälfte, sondern ganz und gar auf.

Es kann daher keine Rede davon sein, die relative Macht der beiden Gegner zahlenmäßig abzuschätzen, und daraus eine verschiedene Herrschaftsverteilung abzuleiten. Wo sich die Interessen so völlig gegensätzlich gegenüberstellen, gilt es entweder alles, oder nichts; entweder die volle Herrschaft an der einen, oder an der andern Seite. Hier ist also das Verhältnis ganz anders, als bei zwei Klassen, die eine gemeinsame Beute zu teilen haben.

Dies ist der Grund der geschichtlichen Tatsache, die wir immer beobachten, wo eine unterdrückte, ausgebeutete Klasse um ihre Befreiung, d. h. um ihre Herrschaft kämpft. Der Satz Alles oder nichts, ist kein Ausdruck sozialdemokratischer Unversöhnlichkeit — praktisch ist er kein Leitsatz bei uns — sondern der Ausdruck einer geschichtlichen Tatsache, die wir beobachten und in ihrem Ursprung verstehen.

Dieses Verhältnis ist auch die Ursache der ablehnenden Haltung, welche die Kapitalisten jeder Arbeiterforderung gegenüber einnehmen. Jede solche Schmälerung ihres Profits erscheint ihnen im Prinzip als ein Anschlag auf die Ausbeutung überhaupt, oder, um in ihrem schönen Klavierwelsch zu reden: hinter jeder Augenblicksforderung sehen sie die Hydra der Revolution lauern. Erst durch gewaltige Anstrengung gelingt es den Arbeitern, wenigstens das Allernotwendigste zu erringen; und der Widerstand wächst mit der Organisation der Arbeiterklasse, eben weil diese den Kapitalisten größere Furcht für die weiteren Konsequenzen dieser Forderung einflößt und ihnen deutlicher das Memento mori zuruft: dein Ausbeutertum wird sein Ende finden.

Die Entwickelung der Gesellschaft geht deshalb durch Abwechslung von ruhigen, stetigen Evolutionsperioden und plötzlichen Revolutionen vor sich, weil völlig gegensätzliche Interessen einer herrschenden und einer beherrschten, sich erhebenden Klasse miteinander ringen, wobei kein Kompromiß möglich ist. Das alte Regime und die alte Ausbeutung bleibt so lange bestehen, bis die neue Klasse durch die vorhergehende Evolution stark genug geworden ist, die Herrschaft zu erobern. Es kommt dabei dann noch in der Regel hinzu, daß die herrschende Klasse, wenn sie schon nicht mehr die stärkste ist, sich weigert, nachzugeben, weil sie sich selbst noch immer die stärkste dünkt. Sie verjagt über die Regierungsgewalt, ihre Machtmittel sind handgreiflich sichtbar. Die Machtmittel der beherrschten, emporkommenden Klasse sind meist ganz anderer Art; sie liegen in moralischen und geistigen Eigenschaften und wenig sichtbaren Verhältnissen: in ihrer Einsicht, ihrer Entschlossenheit, ihrem Zusammenhalt und in ihrer bedeutenden gesellschaftlichen Funktion. Diese sind alle Unponderablen, nicht meßbare, abschätzbare oder handgreifliche Größen; deshalb sieht die herrschende Klasse sie nicht oder glaubt nicht an ihre Kraft. Sie stützt sich auf ihre eigenen, scheinbar viel größeren Machtmittel und widersetzt sich so lange, bis sie tatsächlich in dem revolutionären Kampfe über den Haufen geworfen wird. Diese Verblendung ist immer das historische Erbteil einer untergehenden Klasse gewesen; und diese Verblendung trägt nicht am wenigsten dazu bei, den Klassenkampf auf den gemeinsamen Weg der Revolution zu treiben.

Wir können daran nichts ändern; die gegenwärtige Ausbeuterklasse von dieser Verblendung zu befreien, geht über unsere Macht. Wir können nur immer aufs neue der ausgebeuteten Volksmasse die Wahrheit vor Augen führen, daß wir den friedlichen Weg der Reformen vorziehen, um die Entwickelung zum Sozialismus durchzuführen, daß aber die Kapitalistenklasse den Kampf auf die

Spitze treibt, weil sie gerade so gut wie wir weiß, daß es sich um das Prinzip des heutigen Kapitalismus, um die Ausbeutung selbst handelt.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Reichstagsdebatte am Mittwoch aus dem Hause fast ausschließlich Mitglieder des Hottentottenkartells zu Worte. Für das volksparteiliche Geckhof des freisinnigen Flügels des Mehrheitsgebäudes sprach Wiemer et. Herr Wiemer hat als ercentliches erstes Produkt der konservativ-liberalen Paarung 8000 Mk. entdeckt, die im Etat für Eingeborenen-Aborte in Afrika vorgezogen sind. Er hat außerdem einen Posten für Förderung der Baumwollkultur in Ostafrika entdeckt. Der Posten befindet sich aber nicht im Kolonialetat, sondern im Etat des Reichsamts des Innern. Für diese börsianische Bilanzverschleierung des Darmstädtischen Kolonialdirektors findet Herr Wiemer natürlich kein Wort des Tadelns. Für die innere Annäherung, die zwischen den wahlverbündeten Volksparteikern und Antisemitisten stattgefunden hat, ist die Mittelstandsschwärmerlei, die der Richterjünger an den Tag legte. Seine aus dem Nähkorb der Sparagone entlehnten Argumente gegen die Sozialdemokratie fanden den verdienten Beifall der Rechten. — Der Reichsparteiker Gamp erfreute durch frischfröhliches Poltern Haus und Tribüne. Er wünscht Fortführung der Sozialpolitik im Sinne der Aufhebung der Bäckereiverordnung. In offener Weise gestand er ein, daß Zentrum und Konservative sich bald wieder finden werden. Daran haben wir nie gezweifelt. — Die speziellen Wünsche des antisemitischen Quartiers im Hottentottenkraale brachte in gewohnter Weise Liebermann v. Sonnenberg zur Sprache. Er machte einen recht hübschen und noch dazu passenden Wig, indem er den Reichskanzler mit dem Mädchen aus der Fremde verglich, das der Rechten Früchte, der Linken nur Blumen gebracht habe. Was tut's? Unsere Freisinnigen sind beschiden und nehmen auch mit künstlichen Blumen aus Draht und Pappe, mit einer an ein gewisses Hausier erinnernden Demut vorlieb. — Einen Mißklang in die Kolonialkartellharmonie brachte die ziemlich scharfe Rede des Polen Kadziwili, dessen begründete Klagen über die Heuchelei der preussischen Regierung der heilige Paasche auf dem Präsidentenstuhl durch einen Ordnungsruf bekräftigte und Graf Posadowsky nicht widerlegen konnte. — Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel gestand, daß ihm im Grunde die Witwen- und Waisen-Versicherung, mit der 1902 das Zentrum den Zollwucher verbrämte, höchlichst zuwider sei. In einer persönlichen Bemerkung wies Genosse Bebel eine alberne Anrempelung des Rittergutsverdienkers Gamp zurück und stellte gegenüber Wiemer fest, daß der liberale Blockkandidat in Karlsruhe, Weiß, tatsächlich früher Sozialdemokrat gewesen ist. Dieses freisinnige Musterexemplar hat sich übrigens gegen die Trennung von Kirche und Staat ausgesprochen. Der Freisinn verdient in der Tat den Segen des Hofpredigers Faber. — Am Donnerstag geht die Etatsdebatte weiter.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß in ihrer Sitzung am Montag die Einbringung einer Interpellation über die Wahlbeeinflussung der Regierung durch den Flottenverein u. dergl. In den von der Fraktion eingebrachten Initiativanträgen kommen noch die über den Heimarbeiterschutz und Bauarbeiterlohn. Weiter beschloß die Fraktion, Anträge einzubringen auf Abschaffung der Konkurrenzklause für die Angestellten im Handelsgewerbe, Industrie und Gewerbe, auf Erweiterung des Wahlrechts und Verwirklichung des Frauenstimmrechts, der Proportionalwahl und dreijähriger Legislaturperioden sowie auf Regelung der Verhältnisse der Privatbeamten. — Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das Reichskanzleramt, das Reichsmarineamt, das Reichspostamt und das Oberkommando der Schutztruppen in die Agitation für die Wahlen zum Reichstag eingegriffen haben, und zwar sowohl durch Erteilung von Winken und Ratsschlägen, als auch durch Herstellung und Verbreitung von Agitationsmaterial und Zusendung von Agitatoren für die Wahl von Kandidaten der sogenannten nationalen Parteien?

Ist weiter dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der Deutsche Flottenverein, der von den Polizeibehörden als unpolitischer Verein angesehen und behandelt wird, die Wahlagitation durch Wort und Schrift beeinflusst und dabei im Einverständnis mit dem Reichskanzleramt handelt?

Und was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese ungesetzlichen Handlungen zu tun?

Von den neuen Steuern haben in den ersten 10 Monaten des Etatsjahres die Zigarettensteuer 5,1 Millionen Mark, der Frachtkundenstempel 9,7 Millionen, der Fahrkartenstempel 8,3 Millionen, die Steuer für Kraftfahrzeuge 1,1 Millionen, für Aufsichtsratsmitglieder usw. 1 Million und die Erbschaftsteuer 1,7 Millionen Mark erbracht. Die Summe dieser Steuern macht 26,9 Millionen Mark aus. Ob sie in den folgenden zwei Monaten den mit 61,7 Millionen Mark für das ganze Jahr in den Etat eingestellten Satz wieder erreichen können, scheint sehr zweifelhaft. Hier wird man mit ziemlicher Sicherheit auf einen Ausfall rechnen müssen.

National. Kein Wort ist in dem vergangenem Wahlkampf so mißbraucht worden als das undeutsche Wort „national“. In erster Linie hat man die Veteranen- und Kriegervereine gegen die vaterlandsfeindlichen Sozialdemokraten losgelassen. Dabei sind es von jeher die Sozialdemokraten gewesen, die für eine ausreichende Unterstützung der Veteranen eingetreten sind. Vom Hurra-schreien und Spalierbilden wird kein Invalide satt. Wie das Reich für die Veteranen, die Kämpfer aus der „glorreichen Zeit Kaiser Wilhelms des Großen“ sorgt, das beweisen die Tausende abgewiesener Unterstützungsgesuche nicht weniger als die zahlreichen Veteranen, die auf Bettel, Hausieren, Leierkastenmusik angewiesen sind. Eine andere Art der Unterstützung hat ein Leipziger Arbeiter Peter Schöffler entdeckt. Er verschickt an die Unternehmer eine 8 Seiten starke patriotische Erzählung, aber nicht mit dem Ersuchen, sie ihm abzukaufen, sondern sie um 20 Pfg. an ihr Personal zu verkaufen. Es ist doch ein starkes Stück, den Leuten, die ohnehin selbst ihre Groschen zusammenhalten müssen, zuzumuten, um 20 Pfg. Herrn Schöfflers Kriegserlebnis zu kaufen. Wenn der Mann von dem großen Staat, der hunderte Millionen zwecklos hinauswirft, so miserabel unterstützt wird, daß er davon nicht leben kann, so ist das gewiß bedauerlich. Die Leipziger Patrioten werden sich gewiß beeilen, ihren nationalen Dank ihm nicht bloß mit schönen Worten, sondern mit klingender Münze abzutragen. Aber dagegen muß doch protestiert werden, daß Herr Schöffler mit Hilfe der Unternehmer den Arbeitern eine für diese wertlose Schrift aufhängen will. Warum läßt er sich nicht von den Hurrapatrioten selbst unterstützen? Die Leute haben's ja!

Schnorrerei des Reichslägerverbandes. Der Reichsverband läßt nicht nur alle Welt über die Sozialdemokratie an, er schnorrt auch alle Welt an; selbst die Anhänger der täglich verleumderten Partei werden nicht verschont. So wurde dieser Tage einer unserer Genossen mit einem reichsverbändlerischen Bettelbrief bedacht, der die Unterschrift des Generals von Liebert und des Dr. Sövenschen trägt. Wir lesen darin:

Die Tätigkeit des Reichsverbandes für die nächsten Wahlen (auch Landtags- und Kommunalwahlen) soll bestehen in der

1. Schaffung leistungsfähiger Organisationen in allen Wahlkreisen und allen Orten des Reiches;
2. Ausbildung tüchtiger Organisatoren und Redner gegen die Sozialdemokratie;
3. Unterstützung reichstreuer Arbeiter und Kleingewerbetreibenden gegenüber dem maßlosen Terrorismus der Sozialdemokratie;
4. Gründung von Rechtsauskunftsstellen und reichstreuen Arbeitersekretariaten;
5. Aufklärung der großen Masse des deutschen Volkes über die wahren Ziele der Sozialdemokratie durch Versammlungen, Lichtbildervorträge, fliegende Redner- und Bildungskurse, Massenverbreitung von Flugblättern, Bearbeitung der Presse u. dergl. mehr.

Jeder vaterlandsliebende, deutsche Mann gehört in unsere Reihen. Wir bitten daher, die beigefügte Beitrittserklärung ausgefüllt an uns zurückzusenden und die beiliegende Zeichnungsliste mit dem umseitig aufgedruckten Tätigkeitsbericht gelegentlich der verfloffenen Wahlen zur Werbung neuer Mitglieder des Reichsverbandes verwenden zu wollen.

Die Höhe des Jahresbeitrages zu bestimmen, überlassen wir dem Ermessen jedes Einzelnen.

Aus einem beigelegten Flugblatt kann man entnehmen, daß Liebert in einer Vorstandsitzung am 12. Dezember vorigen Jahres erklärt hat, der Reichsverband werde im Jahre 1908 eine Finanzgroßmacht sein. Die Schnorrerei muß demnach einen enorm klingenden Erfolg aufzuweisen haben. Beabsichtigt ist, fliegende Rednerschulen einzurichten, Arbeitervereine und Arbeitersekretariate zu gründen. Mit Lichtbildervorträgen soll ebenfalls agitiert werden. Zur verfloffenen Reichstagswahl hat der Reichsverband nach eigener Angabe 72 gegen die Sozialdemokratie gerichtete Verleumdungsflugblätter den bürgerlichen Parteien zur Verfügung gestellt — und zwar unentgeltlich. Die „Niederlage“ der Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen sei nur eine rein strategische; es gelte nun, die Situation energisch auszunutzen. Die Genossen ersehen aus diesen Darlegungen des Reichsverbandes, daß der Gesellschaft der Kammermächtig geschwollen ist. Bei der zunehmenden politischen Vermehrung der bürgerlichen Parteien ist damit zu rechnen, daß sie sich dem Reichsverband mit Haut und Haaren verschreiben werden; froh darüber, daß er ihnen die Arbeit abnimmt und ihnen Instruktionen gibt, wie man die Sozialdemokratie noch wirksamer und schamloser verleumden kann, als sie es bisher vermochten. Angesichts dieser Sachlage haben die Arbeiter alle Ursache, emsig zu rüsten, sollen nicht die Verleumdungsschlammfluten des Reichsverbandes schweren Schaden anrichten. Der Kampf muß auf der ganzen Linie mit aller Schärfe und Rückichtslosigkeit gegen den Reichslägerverband und seine Troßknechte aufgenommen werden.

Ein Opfer der Dornburgerei. Es ist bekannt, daß Leutwein zu den wenigen gehört, die sich bemüht haben, sich in ihrer Tätigkeit als Kolonialbeamte von Gewalttätigkeiten und Ungerechtigkeiten fernzuhalten. Es ist darum kein Wunder, daß sich die Reute des Kolonialkollers gerade auf ihn stürzt, um ihn zur Strecke zu bringen. So schreibt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“:

Als Leutwein aus Südwestsafrika zurückkehrte, mit Ehren empfangen und von Berichterstattern ausgefragt wurde, schrieb er einen Artikel, indem wir ausführlich, wegen des Aufstandes in Südwestsafrika erwähnte er auf die Anklagebank. In demselben Sinne erscheint jetzt ein Artikel im Deutschen, in dem es u. a. heißt:

Oft genug ist hier gesagt worden, die halbe Milliarde Mark, die uns die Neueroberung der Kolonie kostete, und die tausend Toten fielen auf Leutweins Gewissen. Aber das rührt ihn nicht, er hat für das schwarz-rote Karzill Artikel zu schreiben. Als Volksmann und andere ihn seinerzeit vor dem bevorstehenden Aufstand warnten — verbot er ihnen die weitere Abfertigung solcher Berichte. Sie waren ja so störend in der Windhoher Bowlungemäßigkeit! „Prost, Hendrik Witbooi, mein lieber alter Freund! Einen Ruf der ganzen Welt.“ Natürlich nur die evangelischen Missionare ausgenommen und den Grafen Stillfried. Ein kleiner Rest guter Freunde blieb doch noch und eine Hand wusch die andere. So verschloß er alle Sturmwarnungen und brachte unsere Kolonie ins Unglück.

Zum Schlusse wird Leutwein ange droht, wenn er noch weiterhin den Kolonialgegnern als Schwurzeuge dienen wolle, dann würden alle Afrikaner mit solchen Zeugnissen gegen ihn auftreten, daß er ehrengerichtliche Untersuchung gegen sich beantragen müsse. „Die elf Jahre Gouverneur imponierten vielen, aber sie seien uns jetzt teuer zu stehen gekommen. Das Maß sei bald voll zum Ueberlaufen. Leutwein schreibe jetzt in einer Art über die Kolonien, daß es nicht mehr lange dauere, so kämen seine Zitate als angebliche wirkliche Argumente in das sozialdemokratische Handbuch für Versammlungsredner.“ Es ist lächerlich von einer Schuld Leutweins im Sinne der brutalen Politik der kolonialen Scharfmacher zu reden. Im Gegenteil, wenn Leutwein eine Schuld am Ausbruch des Aufstandes trifft, so nur die, daß er bei weitem nicht zeitig und kräftig genug gegen die falsche Behandlung der Eingeborenen aufgetreten ist. — Wer es wagt, wider die Kolonialmilliarden- und Dattelkissensmärchen aufzutreten, ist nach der Auffassung der Dornburgpatrioten ein Verbrecher, der für Zuchthaus und Galgen reif ist. Er frevelt, indem er Börsen- und andere Geschäftchen unliebsam stört.

#### Rußland.

Dumawahlergebnisse. Bis gestern abend waren im ganzen 472 Abgeordnete zur Duma gewählt, darunter 292 Angehörige der Linken, 76 Kadetten, 49 Sozialdemokraten, 12 Sozialrevolutionäre und 93 Mitglieder der übrigen Parteien der Linken. — Auch in Sibirien siegten die Oppositionsparteien.

Gericht. Der Stadthauptmann von Krasnojarsk wurde durch zwei Revolverkugeln auf einem Spaziergange getötet. Der Mörder entkam.

Vereiteltes Attentat! In St. Petersburg wurde ein Bombenanschlag auf den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch vereitelt. Der Täter hatte eine Kiste mit einer Bombe auf die zum kaiserlichen Pavillon führenden Schienen gestellt. Der Großfürst wurde um diese Zeit zurück erwartet. Der Täter entkam.

„Verhöhnungspulver“. Man schreibt der „Russ. Kor.“ aus Petersburg: Am 20. Januar — erst jetzt werden diese Tatsachen bekannt — kam in das Dorf Durassowka im Gouvernement Simbirsk eine Strafexpedition, an der gegen 40 berittene Dorfpolizisten teilnahmen, unter der Anführung von drei Polizeioffizieren, darunter ein Chef der Dorfpolizei des Kreises. Die besessenen Dorfpolizisten und ihre Aufhänger besuchten die Häuser derjenigen Bauern, die bei der Güterverwaltung der Gräfin Tolstoi wegen Diebstahls an Holz und Stroh in Verdacht standen. Die Polizisten hatten eine Liste solcher Bauern mit sich. Jeder dieser Armen, unter denen zweifellos viele ganz unschuldig waren, schlug man mit der Knute, bis er das Bewußtsein verlor, und wenn er im Hofe irgend welches Stroh oder Holz hatte, wenn es auch nachweisbar sein eigenes war, zwang man ihn schließlich, daselbe in den Hof der Gräfin Tolstoi zu bringen. Erwähnt sei, daß auch Greise und Kinder furchtbar geprügelt wurden. Von Durassowka begaben sich die Polizisten in ein anderes Gut der Gräfin Tolstoi im Dorfe Isurki. Hier prügelte man aus Mangel an Zeit nur zwei Bauern. Aus Isurki begab man sich in das Dorf Wjatow-Bjeli-Klatsch zum Verwalter des Gutsbesizers Antonow. Der Verwalter präsentierte den „Beschützern“ drei Eimer Branntwein. Nach einem Saufgelage wüteten die Polizisten noch ärger als in Durassowka. Über 70 Bauern, darunter auch Weiber, wurden geprügelt. Die Bauern erzählten, daß der Kreispolizeichef, ein sehr starker Mann, jedem Bauer, auf den der Verwalter wies, in den Bart griff und ihn zu Boden warf. Dann gingen die Polizisten den betreffenden Bauern zu peitschen an. Man schlug ihn auf den Rücken, auf das Gesicht, wohin man traf. — Am Abend des 22. Janr. begab sich ein Teil der Polizisten in das Dorf Ober-Suarma. Es verbreitete sich das Gerücht, daß sie auch die benachbarten Dörfer besuchen werden. Die Bevölkerung floh, von Panik ergriffen, wie vor einem Kriegesfeinde ins Freie. — Das sind die Mittel, den russischen Bauern zu einem ergebenen Staatsbürger zu erziehen; keine Schule, aber — die Knute.

#### Transvaal.

Die Wahlen. Die in voriger Woche in den ehemaligen Burenrepubliken vollzogenen Wahlen zur Volksvertretung haben mit einer entschiedenen Niederlage der Progressisten geendet; das heißt der Partei der Kapitalisten und Minenbesitzer. Es waren 69 Abgeordnete zu wählen; davon haben die einzelnen Parteien erhalten: Die Progressisten 22; Het Volk (Burenpartei) 36; Nationalisten 7; Arbeiterpartei 3; unabhängiger Antiprogressist 1. Die antiprogressistischen Parteien verfügen also über eine Mehrheit von 25 Stimmen. Der frühere Burengeneral Botha wurde Premierminister.

### Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Läbeker Volksbote“. Berlin, den 27. Februar 1907.

5. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsische: Graf Posadowsky, Frhr. v. Heineken, v. Lichnowsky, Frh. v. Stengel, Deruberg.

Ein schleuniger Antrag Threicht und Gen. (Soz.) auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Stücken (Soz.) wird debattelos angenommen.

Die erste Lesung des Staats wird fortgesetzt.

Dr. Wiemer (Freis. Vpt.): Aber die Wahlen können wir uns bei der Beratung der sozialdemokratischen Interpellation über die angeblichen (Lachen b. d. Soz.) Wahlbeeinflussungen unterhalten. Der Entschieden Liberalkismus ist verstärkt zurückgekehrt. (Beifall b. d. Freis., Lachen b. d. Soz.) Wir haben den schweren Wahlkampf mit Erfolg bestanden und alle freisinnigen Gruppen haben Mandate gewonnen. (Abg. Singer ruft: Mit Hilfe der Sozialdemokratie! Hst. b. d. Soz.) Der entschiedene Liberalismus verlangt jetzt über 50 Stimmen im Hause und damit in vielen Fragen über eine ausschlaggebende Stellung. (Hst. b. d. Soz.) Die Regierung muß mit unseren Stimmen rechnen und fürst Bülow rechnet uns zu seiner Mehrheit. Wir haben immer Verständnis für nationale Fragen gehabt. Wir werden vom Standpunkte des entschiedenen Liberalismus aus die Vorlagen der Regierung prüfen und wir haben selbst einen befruchtenden Frühlingregen von Initiativanträgen auf das Haus niedergehen lassen. Wir wollen Fortsetzung der Sozialpolitik; aber auch für den Mittelstand muß gesorgt werden. (Beif. b. d. Vnt.) Vor allem muß das eminent nationale Werk der Böhrenreform energisch in Angriff genommen werden. (Lebh. Beif. b. d. Freis.) Nun zum Etat, da wir ja doch eigentlich eine Fratsdebatte haben. (Heiterk.) Die Finanzlage ist günstig. Es wäre stark, wenn man jetzt mit einer neuen Steuerordnung kommen würde. Dringend nötig ist eine Neuordnung und Aufbesserung der Beamtengehälter. Den exorbitanten Forderungen des Flottenvereins darf nicht nachgegeben werden. Dieser Verein hat mit mehr Eifer als Gesicht agitiert. — Wir verlangen wieder Einbringung des Gesetzes über die Berufsvereine, der Indessen von den reaktionären Schläcken gesäubert werden muß. Das Krankenversicherungs-gesetz muß reformiert werden. Wir begrüßen es, daß sich im Etat des Reichsamt des Innern ein Posten von 510 000 Mark zur Förderung der Baumwollenkultur in den Kolonien und im Kolonialetat ein Posten von 8000 M. für Aborte für Eingeborene finden. (Große Heiterkeit.) Einer vernünftigen Sozialpolitik stimmen wir gern zu, wenn wir uns auch nicht mit allen Wahlauflösungen des Herrn Kolonialdirektors einverstanden erklären. Der Errichtung eines selbständigen Kolonialamts werden wir zustimmen. Die Ausführungen der Thronrede über unsere auswärtigen Beziehungen befriedigen uns. — Bedauerlich ist, daß nennlich ein Mitglied des Hauses die Rechte der Abgeordneten preisgegeben hat. Parlament und entschiedener Liberalismus müssen stärkeren Einfluß gewinnen. (Lebh. Bravo! b. d. Freis.)

Gamp (RP.): Die 48 Millionen für die Witwen- und Waisenversicherung, auf die der Schatzsekretär begehrtliche Bitte geworfen hat, werden wir ihm nicht preisgeben. Das System der Stundung der Matrifalarbeiträge empfiehlt sich nicht. Die Fahrkartensteuer ist auf dem Lande sehr populär. (Gelächter links.) Wir verlangen eine großzügigere Sozialpolitik, die aber nicht ihre Spitzen gegen die Arbeitgeber richten darf, wie das bei der Vätervereinordnung der Fall war. Für die Handwerker muß gesorgt werden. (Bravo! rechts.) Die Lage der Arbeiter hat sich außerordentlich verbessert. Die Fleischpreise sind so gesunken, daß ein weiteres Sinken die Fleischproduktion gefährdet. Die Ausdehnung der Immunität der Abgeordneten in der Richtung einer Befreiung vom Zeugniszwang wäre geradezu eine Begünstigung der Anreizung zu Verbrechen. (Widerpruch links.) Wenn Angehörige des Flottenvereins die Wahl von Sozialdemokraten der von Zentrumsmännern vorziehen, so verurteilen wir das; aber da das Zentrum seinerseits auch Sozialdemokraten unterstützt hat, kann es sich nicht darüber beklagen. Ganz unverständlich ist mir die Unterstützung von Sozialdemokraten durch Nationalliberale. (Widerpruch bei den Natl.) Übrigens werden wir uns mit dem Zentrum wieder zusammensuchen. (Rufe b. d. Soz.): Na also! Die Gesamtkräfte der Rechten berechnete sie, den ersten Präsidenten zu stellen. Die richtige Mischung konservativen und liberalen Geistes findet sich in der Reichspartei. (Stürmisches Gelächter links.) Preußen ist in Deutschland und Deutschland ist in der Welt voran. (Stürm. Gelächter b. d. Soz., in welchem der Beifall rechts verloren geht.) Wenn die sächsische Regierung Herrn Bebel, solange er noch Drechlermeister war, große Aufträge gegeben hätte, dann wäre das vielleicht für die bürgerliche Gesellschaft besser gewesen. (Gr. Heiterkeit rechts.) Das deutsche Volk ist müde des Fraktionskampfes. Lassen Sie uns gemeinsam arbeiten, damit das deutsche Volk wieder stolz sein kann auf seinen Reichstag. Damit will ich schließen. (Rufe b. d. Soz.: Schade!)

Fürst Radziwili (P.): Die ganze katholische Welt beneidet Deutschland um sein Zentrum. (Bravo! im Zentr.) Der Reichskanzler sprach vom Leitstern der Wahrheit. Die preussische Regierung aber, an deren Spitze er steht, verfolgt die Polen wie jagdbares Wild. Und dann beklagt sich die Regierung heuchlerischerweise über die selbst geschaffenen Mißstände. (Wode des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Rasche: Sie dürfen der preussischen Regierung keine heuchlerischen Motive unterstellen. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Fürst Radziwili (fortfahrend): Wir kommen unseren Pflichten als deutsche Staatsbürger nach, lassen uns aber nicht unser polnisches Nationalgefühl rauben. Solange die Polen in Deutschland schlimmer behandelt werden als die Eingeborenen in den Kolonien, können Sie von uns keine Zustimmung zu der überseeischen Politik verlangen. (Bravo! bei den Polen.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Polenfrage ist eine spezifisch preussische Frage und gehört nicht hierher. Der Borchner hat Maßnahmen der preussischen Regierung als ungesetzlich bezeichnet. (Sehr richtig! bei den Polen und Soz.) Die preussische Regierung ergreift ihre Maßnahmen auf Grund eines legitim zustande gekommenen Gesetzes. (Rufe bei den Polen und Soz.: Das Gesetz ist verfassungswidrig!) Die polnischen Abgeordneten haben kein Recht, hier ihre besondere Nationalität zu vertreten. Jedes Mitglied dieses hohen Hauses ist Vertreter des gesamten deutschen Volkes. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Liebermann v. Sonnenberg (WBg.): Die Aufgabe unserer Kolonialpolitik besteht in der Zwangsverziehung der Eingeborenen zur Arbeit. Die Polen sind dem Deutschen Reich und Preußen zum höchsten Dank verpflichtet. (Lachen bei den Polen.) Wir verlangen schleunige Beilegung des Handelsprovisoriums mit England und Amerika. (Bravo! rechts.) Durch die Fortführung der Sozialpolitik wird die christlich-nationale Arbeiterbewegung erheblich gestärkt werden. Das Eingreifen der Regierung in die Wahlbewegung war durchaus berechtigt. Man sollte ihr einen besonderen Fonds dafür zur Verfügung stellen. (Große Heiterkeit im Zentrum und bei den Soz.) Wir unterstützen niemals Sozialdemokraten, aber die Nationalliberalen haben es bisweilen getan. Hoffentlich bessern sie sich. Mit dem Wahlsieg der Liberalen ist es nicht weit her. Ohne die Unterstützung der Regierung lägen sie platt unter dem Tisch. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn der Reichskanzler etwas tiefer hereingeblickt hätte, so hätte er außer dem Zentrum auch die freisinnige Vereinigung im Lospf der Sozialdemokratie gefunden. (Sehr richtig! rechts.) In dem Mangel an Einheitsliebe liegt die zeitliche Begrenzung der neuen Prese-

helt. Der Reichskanzler teilte, wie das Mädchen aus der Fremde, nach allen Seiten Gaben aus, nach rechts Früchte, nach links nur Blumen. (Schallende Peltterkeit.) Bei der feierlich-herber Baarung denkt man unwillkürlich an einen Wechselbalg, der dabei herankommt. (Große Peltterkeit.) Die in Aussicht genommene Börsenreform ist nicht gerade dringend. Die Börserner fühlen sich so wohl, wie die Madel im Speck, und wenn man das Wort Speck im Zusammenhang mit der Börse in den Mund nehmen darf. (Große Peltterkeit rechts.) Die Sozialdemokratie wird alles tun, um ihre Scharte auszuweigen. Daher müssen auch die bürgerlichen Parteien zusammenstehen in gemeinsamer Phalanx von Normann bis Mugdan, der am besten den Richter'schen Satz gegen die Sozialdemokratie verkörpert. (Braus! rechts.)

Reichssekretär Frhr. v. Stengel erklärt, daß er die Ansammlung von Mitteln für die Witwen- und Waisenversicherung stets als eine schwere Last für das Reich betrachtet habe, daß das Reich aber die übernommenen Verpflichtungen erfüllen müsse. Darauf vertagt sich das Haus. **Personlich bemerkt:** Abg. Webel (Soz.): Nicht die sächsische Regierung, sondern die sächsische Eisenbahnverwaltung hat mir in den 60er Jahren die Kundschaft entzogen. Selbstredend hätte die Nichtentziehung der Kundschaft nicht den geringsten Einfluß auf meine Gesinnung ausgeübt. — Der Abg. Wiener bestritt, daß der liberale Bloctandidat Weill in Karlsruhe sich um Zentrumstimmen bemüht habe. Die Behauptung stand zuerst in einem katholischen Blatte. Ich wußte nicht, daß mittlerweile eine Verichtigung erfolgt war. Jedenfalls hat Herr Weill sich gegen die Trennung von Kirche und Staat ausgesprochen. Gegenüber Herrn Wiener stelle ich ferner fest, daß Herr Weill nicht nur früher mit der Sozialdemokratie sympathisierte, sondern ihr formell angehört und sie auch finanziell unterstützte hat. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Schleuniger Antrag auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Stychel (Vos), Fortsetzung der Etatsberatung. **Schluß:** 6/4 Uhr.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 28. Februar.

**Zuzug von Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten. Die Streikleitung.**

Die Führer der Haushaltungsstatistik werden erlucht, den Umtausch der Bücher am 28. Februar gegen 1. März auf dem Arbeiterssekretariat vorzunehmen zu wollen.

**Das Arbeiterssekretariat.**

**Achtung, Gewerkschaftsführer!** Der Kassierer des Gewerkschaftsstartells und des Arbeiterssekretariats wird am Sonnabend, Montag und Dienstag abends von 8 Uhr an zur Entgegennahme der Beiträge im Vereinshaus anwesend sein.

**Ein grausamer Sozialdemokrat.** Genosse Peus hat dieser Tage in einer Konsumvereinsversammlung in Kottbus gesprochen. Was er bei dieser Gelegenheit über das Verhältnis zwischen Mittelstand und Arbeiterklasse ausführte, ist von der bürgerlichen Presse — natürlich fehlte das Lübecker Organ der Behörden nicht — in der fattam bekannnten Manier ausgeschlachtet worden, um Peus als einen Feind und Verräter von Mittelstandsexistenzen hinzustellen. Besonders ist das mit einem Sage geschieden, den die bürgerliche Presse wie folgt umgefälscht hat: „Er (Peus) habe sich vorgenommen, so viele selbständige Existenzen innerhalb der nächsten fünf Jahre zu Falle zu bringen, als ihm Stimmen bei der Reichstagswahl fehlten, nämlich 300.“ (!) Wie nun Peus unserem Parteiblatt für Kottbus, der „Markt-Volksst.“ mitteilt, ist es ihm gar nicht eingefallen solchen Unsinn zu sagen. Er schreibt: „In meinem Referat von Kottbus kam ich u. a. auch darauf zu sprechen, daß mit anhaltliche Bäckermeister nach der Wahl Hohn- und Spottarten zugespielt haben. Ich zeigte daran, wie bei der diesmaligen Wahl der Mittelstand aus Wut über die Konsumvereinsentwicklung gegen uns gestimmt habe. Das sei törichterweise gechehen. Dem aufgehalten werde die Genossenschaftsentwicklung dadurch nicht. Auch hätte die Sozialdemokratie bei der Wahl nicht versprochen, gegen die Konsumvereine wirken zu wollen. Wenn nun obenbrein Bäckermeister mich mit Hohn- und Spottarten über meine Niederlage zu ärgern suchten, so sei das erst recht töricht, denn gerade durch den Verlust des Reichstagsmandats werde ich frei für die Agitation, also auch für die Agitation zum Besten der Genossenschaften, auch der Genossenschaftsbäckereien. In Dessau habe die erst vor zwei Monaten in Betrieb genommene Genossenschaftsbäckerei schon jetzt einen Umsatz, der fürs Jahr 300 000 Mark erwarten lasse, also einen Umsatz von mindestens 30 kleinen Bäckermeistern, die dadurch freilich ihre Existenz einbüßten. Wer fragt aber darnach, wenn durch die wirtschaftliche Entwicklung Tausende Arbeiter ihre Arbeitsstelle verlieren und mit Weib und Kind nach einer anderen Stadt ziehen müßten! Wenn mich daher Bäckermeister wegen meiner Wahlniederlage hänseln wollten, so ist das sehr töricht. Unmöglich ist es doch nicht, daß vielleicht gerade infolge der mir jetzt mit weit mehr als bisher möglichen Agitation ebenso viele Bäckermeister durch Genossenschaftsbäckereien verdrängt würden, als mir in der Stichwahl Stimmen gefehlt haben.“ Also nicht als seine Absicht hat Genosse Peus die Vernichtung der selbständigen Bäckermeister-Existenzen bezeichnet, wie die bürgerlichen Pressfälscher ihm untergeschoben, sondern lediglich als eine wohl mögliche Begleiterscheinung des Aufblühens der Konsumvereinsbäckereien, deren Förderung übrigens so sehr im Interesse der Arbeiterklasse liegt, daß die Tätigkeit für sie gar keiner besonderen Rechtfertigung bedarf.

**Zu der Verjährung der Ansprüche aus der reichsgesetzlichen Unfallversicherung.** In den Monatsblättern für Arbeiterversicherung hat das Reichsversicherungsamt kürzlich eine Darstellung über die Folgen eines Betriebsunfalles und die Verjährung der Ansprüche gegeben. Ein Fuhrmann hatte im Jahre 1892 einen Betriebsunfall erlitten. Ein von ihm geführter Hengst war mit den Vorderbeinen in die Höhe gestiegen und hatte ihm mit dem Hufe auf dem Kopfe eine anscheinend oberflächliche Verletzung beigebracht. Der Verletzte trug vierzehn Tage einen Verband, dann war heinbar völlige Heilung eingetreten. Im Dezember 1903 stellten sich bei dem bis dahin stets gefunden und ar-

betsfähigen Manne Kopfschmerzen ein, welche die Anrufung ärztlicher Hilfe erforderlich machten. Ferner entstanden zwei Fistelöffnungen im Schädelbache. Die sämtlichen gehörten Nerzge waren sich darüber einig, daß es sich bei dem 1903 aufgetretenen Kopfleiden um eine Folge der mehr als 11 Jahre zurückliegenden, zunächst folgenlos verheilten Unfallverletzung handelte. Im August 1904 meldete der Verletzte bei der Berufsgenossenschaft einen Anspruch auf Unfallrente an. Das Reichsversicherungsamt hat den Anspruch als begründet anerkannt, indem es den von der Berufsgenossenschaft erhobenen Einwand der Verjährung zurückgewiesen und ausgeführt hat, daß der Verletzte bei den ganz besonderen Umständen des Falles erst nach der im Jahre 1904 erfolgten Operation ausreichenden Grund gehabt habe, den Zusammenhang zwischen seinem Leiden und dem Unfälle anzunehmen, und daß die Unfallfolgen bis dahin für ihn nicht als solche bemerkbar geworden waren.

**Personalien.** Der Senat hat den Senatsekretär Regierungsrat Dr. Blesing zum Reichsstempelrevisor an Stelle des auf seinen Antrag aus diesem Amte entlassenen Amtsrückrichters Dr. jur. Gadeke ernannt. Der Rechtsabwärt Emanuel Benda wurde zum Referendar ernannt und als solcher vereidigt.

**Submissionsergebnisse.** Die öffentliche Verdingung für den Neubau einer massiven Veranda und zur Ausführung kleinerer Bauarbeiten auf dem Grundstück Johannisstr. 46/52 hatte folgendes Resultat:

**Maurerarbeiten:** Fasel u. Beckmann 6395,28 Mk., Jäger 4855,60 Mk., Frost 4729,80 Mk., Zahn 3688,80 Mk., Wigger u. Bierig 3488,10 Mk., Kretelsdorf 3250,90 Mk. **Zimmerarbeiten:** Lucht u. Wulf (2 Lose) 1168,00 Mk., Glau (2 Lose) 1071,00 Mk., Sandt (1 Los) 958,75 Mk., Zahn (2 Lose) 662,50 Mk., Dehau-Woisling (2 Lose) 654,50 Mk., Friedeborn (2 Lose) 605,80 Mk. **Klempner- und Mechanikerarbeiten:** Langhof u. Wulf (4 Lose) 551,50 Mk., Westphal (4 Lose) 529,85 Mk., Strauß (3 Lose) 412,60 Mk. **Tischlerarbeiten:** Ehlers u. Schadt 1770,00 Mk., Stetenbühr 1535,00 Mk., Peters u. Schröder 1446,50 Mk., Dehau-Woisling 1367,00 Mk. **Malerarbeiten:** Burkhardt (2 Lose) 621,15 Mk., Fölsch (2 Lose) 619,48 Mk., Niese (2 Lose) 486,49 Mk., Seemann (1 Los) 297,85 Mk. **Schlosserarbeiten:** Runne u. Co. 1209,40 Mk., Bumann 1163,70 Mk., Wiechert 1137,75 Mk., Keydel 687,75 Mk., Bone 586,80 Mk. **Glasarbeiten:** Neus 194,— Mk., Bojs 180,70 Mk. **Fertigarbeiten:** Dinon 675,— Mk., Franzeschina 594,— Mk.

Dieses sind die berichtigten Ergebnisse. Man erzieht daraus, daß beispielsweise bei den Maurerarbeiten, Zimmerarbeiten und Schlosserarbeiten die Differenzen zwischen den Höchst- und Niedrigstfordernden geradezu ungeheuerlich sind.

**Konkursöffnung.** Ueber das Vermögen des Konkursanten Friedrich Max Vogel in Lübeck, Königstraße Nr. 41, ist am 27. Februar 1907, nachmittags 12<sup>1/2</sup> Uhr das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt Dr. G. Wehmer in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

**Frauen als Arbeiter am Bahnbau.** Ein in Lübeck selten zu beobachtendes Schauspiel bietet sich gegenwärtig am Bahnbau nördlich von der Fackenburg Allee. Dort ist eine ganze Anzahl Frauen, anscheinend polnischer Herkunft, damit beschäftigt, Schienen und Schwellen zu befestigen. Zu diesem Zwecke hantieren sie mit Hacke und Schaufel gerade wie die Männer. Wir sind gewiß die letzten, welche den Frauen das Recht auf Arbeit streitig machen wollen, zumal wir ganz genau wissen, daß viele Unternehmer ihren Leuten Löhne zahlen, die ihnen nicht gestatten, ihre Familien auch nur annähernd menschenwürdig zu ernähren. Hier handelt es sich aber darum, daß von auswärts herangezogene Frauen gewissermaßen als Lohnbrücker auftreten, während die Lübecker Arbeiter arbeitslos auf dem Straßenspalt herumliegen. Auf der Brücke, welche in der Fackenburg Allee über die Gleise führt, kann man zahlreiche Arbeitslose beobachten, die von dort zusehen, wie ihnen fremde Leute das Brot wegnehmen. Der Lübeckische Staat ist am Bahnbau stark interessiert; deshalb ist es auch Pflicht unserer Behörden, dafür zu sorgen, daß bei diesen Arbeiten zunächst Lübecker Arbeiter berücksichtigt werden. Aber der Profit der Unternehmer könnte ja darunter leiden!

**pb. Unterschlagung.** Ein Meter von hier, der sich der Unterschlagung von 18,45 Mk., zum Nachteil eines hiesigen Krämers schuldig machte, wurde festgenommen.

**Vortragsabend von Robert Kirchmair.** Die Nachfrage nach Eintrittskarten ist sehr rege. Wie bekannt wird Herr Opernsänger Theo Breven durch Gesang Hählerischer Lieder und Fräulein Helene Collin durch Klavierbegleitung an dem Abend beteiligt sein. Herr Kirchmair selbst wird eine größere Anzahl seiner neueren Dichtungen in Poesie und Prosa zum Vortrage bringen. Sowohl was den Gehalt der Kirchmair'schen Schöpfungen als die Wiedergabe durch den Autor anbelangt, war sich die Kritik nach den Vorträgen des Dichters in München und hier über dessen unbefreitbare Meisterhaftigkeit einig. So verspricht auch das Unternehmen am 1. März einen edlen Genuß, den niemand veräumen sollte. (Siehe Inserat.)

**Stadttheater.** Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben: Die Operette „Die Puppe“ wird Freitag zum ersten Male wiederholt. Sowohl die vorzügliche Darstellung als auch die geschmackvolle Ausstattung sind durchaus sehenswert. Sonnabend wird eine ganz außerordentliche Schüler-Klassiker-Vorstellung stattfinden. Die gewaltige Dichtung „Göth von Verklungen“ gelangt zur Ausführung, und zwar wiederum zum Einheitspreise von 50 Pf. für jeden Platz im Theater.

**Neufkirchen (Fürstentum Lübeck).** In einem Unfall nervöser Überreizung hat sich eine ältere Dame aus Hamburg im hiesigen Dorfteich ertränkt.

**Cutin.** Eine harte, aber gerechte Strafe erhielt der frühere Kassierer des Fabrikarbeiter-Verbandes, Bahnhofs-Cutin, Carl Schlitt, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern. Derselbe wurde vom hiesigen Schöffengericht zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten verurteilt. — Der große Cutiner See in Flammen. Dienstag nachmittag bot sich nach Meldungen bürgerlicher Blätter den Anwohnern des großen Cutiner Sees ein imposantes Schauspiel dar. Ein großer Teil der Stadtwacht stand in hell auflobernden Flammen; hier und dort standen Wackelstege schon in Gefahr, von den Flammen ergriffen zu werden. Auf irgend eine Weise war aus einem in der Nähe des Stadtrabens befindlichen Petroleumtamt ein großes Quan-

tum Petroleum in den Graben und so in den See gekommen. Knaben warfen brennende Strohhalme in das mit dem brennbaren Stoff überschichtete Wasser und alsbald züngelten mächtige Feuergarben auf dem Wasser umher. Eine etwas entfernt vom Ufer liegende Eisdecke verhinderte das weitere Umschlagen des Feuers. (Zum Glück scheint der See auf diese Weise vor dem Schicksal bewahrt zu sein, „ausgebrannt“ zu werden! Red. d. „L. B.“)

**Schönberg.** Der diesjährige Landtag für das Fürstentum Ragueburg wurde am Dienstag hier vom Landdrost v. Matzan eröffnet. Von den 21 Abgeordneten sind 18 Vertreter anwesend. Es fehlen die Abg. Landrat v. Gundlach-Torck, Rittergutsbesitzer v. Graevenitz-Dobow und Pastor Langmann-Carlson. Der Landtag ist beschlußfähig. Mit der Führung des Protokolls wurde Steuerkommissar Kuhnert von vier beauftragt. Der Vorsitzende berichtigte zu Punkt 1 der Tagesordnung, betr. Prüfung und Feststellung der Rechnung des Landesfonds für 1906/06, daß die Einnahme 74 954,79 Mk., die Ausgabe 66 567,73 Mk. betragen haben. Da die Rechnung vom Ausschuß, sowie von der Landvogel geprüft ist, wird von einer weiteren Prüfung Abstand genommen und dem Kassierführer Entlastung erteilt. Die Punkte 2 und 3, betr. Nachprüfung der Chauffeebau-rechnung pro 1906/06 und Mitteilung des laufenden Etats des Landesfonds pro 1906/07 werden zusammen verhandelt und folgender Voranschlag angenommen: Die Gesamteinnahme wird auf 116 057,48 Mark, die Gesamtausgabe auf 95 292 Mk. geschätzt.

**Möln.** Die hiesigen Maurer haben den Lohn-tarif zum 1. Juni gekündigt. Sie verlangen eine Erhöhung des Stundenlohnes von 46 auf 50 Pf.

**Tondern.** Die hiesigen Bauarbeiter sind an ihre Arbeitgeber mit der Forderung um Erhöhung des Stundenlohnes von 48 auf 50 Pf. herangetreten. Sie begründen die Lohnforderung mit der allgemeinen Teuerung. Es heißt, daß die Arbeitgeber die Lohnhöhung bewilligen werden.

**Ythoe.** Wahlprotest. Wegen die Wahl des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Göckert ist vom liberalen Wahlverband Protest erhoben worden.

**Hamburg.** Die Bürgerschaft beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, der letzten vor ihrer halbschlüssigen Erneuerung, gegen die Stimmen unserer Genossen, den Wiederaufbau der Michaeliskirche in der früheren Gestalt. — Betrug im Getreidehandel. Wie die „Hamb. Nachr.“ erfahren, sind an der hiesigen Getreidebörse eine große Anzahl von Importfirmen durch betrügerische Manipulationen, die einen Betrag von circa 400 000 Mk. betreffen, geschädigt worden. Es handelt sich angeblich um eine Sendung von etwa 2500 Tons Baumwollsaatmehl, die mit einem Dampfer ab Galveston nach hier verladen sein sollten. Die gegen Dokumente verkaufte Ware war bereits nach Eintreffen der Papiere gezahlt, während sich jetzt nach Eintreffen des Dampfers herausstellt, daß die Unterschriften der Kommissamente gefälscht waren. Der „Reier-Zeitung“ wird hierzu gemeldet: Die Kommissamente über 2400 Ballen Baumwollsaatmehl der Galveston-Cotton-head Meak Company in Galveston haben sich bei der Ankunft des Dampfers „Strathairley“ als gefälscht herausgestellt. Der Kapitän des Dampfers erkennt die Unterschrift nicht als die seine an. Der hiesige Platz ist um etwa 300 000 Mk. geschädigt, einzelne Firmen erleiden Verluste bis 60 000 Mk. Auch Bremer Firmen sollen geschädigt sein.

**Kiel.** Militärischer Aufbruchprozess. Das Kriegsgericht der ersten Marineinspektion verurteilte wegen militärischen Aufbruchs den Obermatrosen Schmidt und den Matrosen Zimmermann vom „Schwaben“ und „Port“ zu einer sechsmonatigen Zuchthausstrafe und Entfernung aus der Marine. Sechs mitangeklagte Matrosen wurden freigesprochen. Die Verurteilten hatten den Maschinenmaat durch Messerstiche verletzt.

**Bremen.** Rettung aus Senot. Die Rettungsstation Vorkum der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 27. Februar wurden von der hier gestrandeten deutschen Bark „Vidonia“, Kapitän Voh, mit Stückgut von Hamburg nach Guadaquil bestimmt, sieben Personen durch das Rettungsboot „Otto Daß“ der Sidißstation gerettet.

**Schwerin.** Eine Verfassungsreform soll in Mecklenburg von der Regierung ernstlich in Vorbereitung genommen sein. Natürlich eine mecklenburgische — ein Teil der Landtagsabgeordneten soll danach künftig von den Großherzögen, ein anderer von den Junkern (der Ritterschaft) ernannt werden, der Rest würde dem gemeinen Volk zum Wählen überlassen werden. Trotz dieser echt obotriklischen Rücksichtigkeit der sogenannten Reform soll aber die Regierung noch zu befürchten haben, daß die treuen Junker sich sperren, ihr Vorschlag aufzugeben als „Landstand“ geboren zu werden. Indes ist die mecklenburgische Regierung entschlossen, den Junkertroß eventuell durch Hilfe des Bundesrats zu brechen. Wäre der Mühe wert!

## Handels- und Marktnachrichten.

**Getreidepreise.** Lübeck, 27. Februar.  
Weizen, 126—133 Pfd. holl. 166—172 Mk. Roggen, 119—125 Pfd. holl. 152—160 Mk. Paier nach Qualität 166—173 Mk., hochfein über Notiz. Gerste, nach Qualität 160—175 Pfd. 1000 Kilo.

**Briefkasten.**  
2 Streitende. Die Firma Ferd. Kayser, Breite-straße, infertiert schon seit mehreren Jahren nicht mehr in unserem Blatt.  
2. Die Herrschaft macht sich strafbar, wenn sie an das Mädchen gerichtete Postfächer — einerlei ob Druckfächer oder Briefe — nicht an daselbe abliefern oder gar vernichten.  
2 Streitende. Die Frauen vom Metallarbeiter-Verband halten extra ihre Versammlungen ab.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P.-L. gekennzeichneten Artikel Paul-Lübiger, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwarg, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Im Hause Marktstraße 82 abgeschlossene erste Etage zu vermieten, Miete 200 Mark. Näheres daselbst.  
Zum 1. April eine kleine Wohnung zu vermieten. An der Mauer 22.  
Willig zu vermieten hübscher Damen-Waschkabine (Sektenrose) Karpenstraße 15 a.  
2 Zweizimmerwohnungen zu vermieten. Watenismauer 23.

Zum 1. April mietefrei: 1. Etage Gneisenaustraße Nr. 11, Preis 220 Mk., 2 Stuben mit Zubehör, abgeschlossen. Näheres Moltestraße 42, pt.  
Ein freundliches Zimmer für 2 Herren oder Damen zu vermieten. Watenismauer 158.

Ein Zimmer zu vermieten für einen Jungmann, morg. Kaffee, per Woche 2,50 Mk. Watenismauer 148, b. d. Glockengießerstr.  
Gesucht zum 1. April eine kleine Wohnung im Preise bis 150 Mk. in der Nähe der Mühlenstraße.  
Off. unt. H. F. an die Exped. d. Bl.  
Gesucht eine ältere Frau für einen ländlichen Haushalt. Näheres Fächlingstraße 29.

Gutes Logis. Woche 2,50 Mk. Schumacherstraße 89.  
Wasserlehrling zu einem oberer früher unter günstigen Bedingungen gegen wöchentliche Vergütung. Aug. Fölsch, Watenismauer 2.  
Ein noch gut erhaltener Sportwagen mit Gummitreifen billig zu verkaufen. Schützenstraße 27 b.

Morgen Freitag im „Vereinshaus“, Johannisstr. 46-52 :  
 Vortrag über: Höchste und niedrigste Temperaturen. ☉ ☉

**Eröffnung:**  
 Sonnabend,  
 den 2. März

**Schuh-Haus**  
 Größte Auswahl!

**„Fortuna“**  
 Billigste Preise!

☐ Reparaturen ☐  
 in eigener Werkstatt  
 schnell und billig. ☐

☐ ☐ Rote Rabattmarken. ☐ ☐

Ecke Pfaffenstraße \* Ecke Pfaffenstraße

**25 Breitestraße 25.**

**Holzarbeiter-Verband**

(Zahlstelle Lübeck)  
 Nachruf.

Am Montag verstarb unser Kollege, der  
 Tischler

**Hermann Wulff.**

Seine lieben Hinterbliebenen!

Die Beerdigung findet am Freitag, den  
 1. März, vormittags 11 1/2 Uhr von der Ka-  
 pelle (Wurgtor) aus statt.

Die Kollegen werden ersucht, sich recht zahl-  
 reich an der Beerdigung zu beteiligen.

Abmarsch 10 1/2 Uhr von Schröder, Lederstr.

**Die Ortsverwaltung.**

Gefucht ein Junge nach dem Lande  
 Friedenstraße 63, II.

**Gefucht Malergehilfen**  
**Aug. Fölsch.**

Gesund, jung, tüchtige, alt

**Frau oder Mädchen,**

ohne Anhang findet a. 1. April bei ält.  
 Ehepaar Unterkunft b. leicht. Dienst u. Lohn.

Off. u. C. R. an die Exped.

Ein schwarzer Rodanzug f. e. Jüngling zu  
 verkaufen. Alfstraße 23, II.

Zu verkaufen 1 Damenschuh. Preis 45 Mk.  
 Schwartauer Allee 71 a.

1 gr. stark. Sandhaus ist preisw. zu verk.  
 Näheres Gr. Brückgrube 17, Hinterh. links.

Zu verkaufen mehrere Jahrgänge „Freia“.  
 Friedstraße 16, II.

Sportwagen billig zu verkaufen.  
 Fleischhauerstraße 70, II.

Ein guterhaltener Kinderwagen zu verk.  
 Keiserstraße 36.

Guter bürgerlicher Mittagstisch von 50 Pf.  
 Trödelstraße 9, I.

Feine Wäsche, sowie Wäsche für junge  
 Leute wird billig und sauber gewaschen.  
 Keiserstraße 19 a.

Hiermit erlaube ich mir höflichst mitzuteilen  
 daß ich in der Keiserstraße 26 ein

**Kolonialwaren-Geschäft**

eröffnet habe.

Es wird stets mein eifrigstes Bemühen  
 sein, eine verehrte Kundschaft streng reell und  
 gut zu bedienen.

Indem ich um gütige Unterstützung meines  
 Unternehmens bitte, empfehle mich

Hochachtungsvoll

**Ernst Bach.**

Empfehle diese Woche prima ferngettes  
**Rindfleisch Pfd. 60 Pfennig**

**Bratenstücke 65 u. 70 Pfg.**

**Kalbsteck 50, Keule 60, Schweinefleisch**

**65 Pfg. Paul Boldt,**

Wahmstraße 22

**Louis Dellien Nachflgr.**

Inh.: Adolf Heyde.

**Wein, Spirituosen.**

Destillation, Likörfabrik.

**Rote Rabattmarken.**

Fernsprecher 1515. Große Burgstraße 39.

Gegründet 1862.

Ich erkläre hiermit, daß ich mit dem W.  
 Hein, welcher am 26. Februar im Inserat  
 des „Volkshoten“ bekannt machte, für Schul-  
 den seiner Frau nicht zu haften, nicht identisch  
 bin. **Wihl. Hein, Schwödenquerstraße.**

**Die Rechte u. Pflichten  
 des Mieters.**

Von **Richard Lipinski.**

20. Auflage. Preis 20 Pfg.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**  
 Johannisstraße 46.

**Van den Bergh's Margarine**

**„Frauenstolz“**

— hochfeine Spezialmarke —

per Pfund 80 Pfg.

ersetzt feinste Butter.

Zu haben bei:

**A. Denker, Margaretenstraße 1.**

Billig! Billig!

**Saure Heringe ff. mariniert**

per Stück nur 5 Pfg.

Wiederverkäufer billiger. Fischergrube 61

**ff. Kartoffeln,**

französische pr. 10 Str. 60 Pfg.

Magn. bon. pr. 10 Str. 50 Pfg.

sackweise billiger.

**Rud. Fromm**

25 Fackelburger Allee 25.

Prima Schweinefleisch Pfund 60 Pfg.

Prima Kalbfleisch Pfund 50 Pfg.

Zur billigen Fleischquelle,

43 b Königstraße 43 b.

**J. J. P. Möller.**

**Misch-Kaffee**

gutschmeckend und kräftig  
 Pfund 60, 80, 90 u. 100 Pfg.

**H. Bülck**

Kaffee- und Teehandlung  
 Fernspr. 149. Breitestr. 54.

**Die Arbeiter-Garderoben**

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck **Otto Albers** Kahlm.

Markt 4 10.

Hat vorteilhaft bekannt durch gute Ver-

arbeitung und sehr billige Preise. U. N.:

Leberhosen . . . 2,20—6,45

Mauerhosen . . . 2,60—6,75

Schlofferhosen . . . 1,88—5,25

Neberziehhosen . . . 1,08—2,85

Bwinn-Posen . . . 1,68—3,25

Leinene Jacken, schräge und gerade, 1,28

Rajen, Hemden, Schlachterjacken, Freizeithosen,

Radler-Mäntel erstaunlich billig.

Mützen von 30 Pfg bis 1,88 Mk.

Rote Lubecamarken.

**Stadthalle (klein. Saal)**

Freitag, 1. März 1907, 8 1/4 Uhr

**Vortragsabend**

von **Robert Kirchmair**

(eigene Dichtungen).

Mitwirkende: Herr **Theo Vreven**, Mitglied

des Stadttheaters (Gesang) und

Fräulein **Helene Gollin** (Klavierbegleitung)

Eintrittskarten zu 2 Mk. (numeriert) und

1.50 Mk. (unnumeriert) bei **F. W. Kaibel**

und an der Abendkasse.

**Universum**

Heute, Donnerstag, 28. Februar

Gr. humoristischer Bockbierabend

bis nachts 2 Uhr,

gr. Überraschungen, die neuest. Vorbereitungen.

**L. Puls.**

**Friedrichshof.**

Heute Donnerstag, d. 28. Februar:

**Tanzkränzchen.**

Anfang 8 Uhr. Eintritt 25 Pfg.

Tanz frei.

Sonntag, den 10. März:

2. grosse Volksmaskerade.

**Panorama**

Breitestraße 53, 1. Stg.

**Mittelmeer-Reise**

der kaiserl. Majestäten

Neapel, Pompeji, Palermo

**Hansa-Theater**

**Mr. Havemanns**

einzig dastehende, wunderbar dreifache

gemischte

**Raubtier-**

**Gruppe,**

bestehend aus

Löwen — Tiger — Leoparden

Bären,

alles wirkliche Prachtexemplare.

(Die Vorführung geschieht in vollständig

sicherem eisernen Käfig.)

Dazu das vollständig neue

**Künstler-Personal.**

Vorverkauf bei Sager u. Kaibel.

**Stadt-Theater.**

Direktion: Ludw. Borkowski.

Freitag, 1. März. 7 1/2 Uhr.

**Die Puppe.**

Operette in 3 Akten von Hubran.

Sonntag: Götter von Berlichingen.

Sonntag 4 Uhr: Alt-Seidelberg.

Abends 7 Uhr: Gr. Doppel-Vorstellung

zu einfachen Preisen.

**H. S. A. R. I. E. R.**

Vorher:

Nachlager in Granada.

## Ein „bayrisches Staats- und Bank-Panama“.

Über eine kitzliche Geschichte, die die bayrische Regierung in einige Verlegenheit setzen dürfte, wird unserem Frankfurter Parteiblatt aus Würzburg berichtet. Es handelt sich dabei um die Staatsaufsicht über die Hypothekendarlehen, und zwar speziell über die Würzburger Hypothekendarlehenbank.

Die Würzburger Hypothekendarlehenbank ist hervorgegangen aus dem Frankfurter Hanthaus-Ansbacher. Seit dem Jahre 1905 besteht ein Kampf zwischen dem Gründer und den Direktoren, die erlittenen Hilfe der Berliner Diskontogesellschaft hinzuzugewinnen. Die „Frankfurter Volksstimme“ läßt sich nun zunächst schildern, wie die Direktoren der Hypothekendarlehenbank eine statuten- und geschäftsartige Verlängerung ihrer Anteilsverträge und eine Erhöhung ihrer Lantienbesitze zu erreichen wußten. Der Statist dieser Direktoren sei der Würzburger Rechtsanwalt und „liberale“ Kandidat bei der letzten Reichstagswahl Meißner, dem sich die Direktoren dadurch dankbar erwiesen hätten, daß sie ihm, auf Kosten der Hypothekendarlehenbank, nachsichtig, die ohne rechtsanwaltliche „Rehandlung“ selbstverständlich viel billiger davonkommen würden, den Verkehr mit jenen übertragen, der bisher direkt durch die Bank gepflegt wurde.

Was aber besonders interessiert, das ist die Rolle, die der zur Aufsicht über die Bank bestellte N. B. Staatskommissar spielt. Nach den Behauptungen der „Frankfurter Volksstimme“ steht es urkundlich fest, daß der bayrische Staatskommissar in Würzburg, der die Bank beaufsichtigen sollte, munter und fidel mit deren Aktien, die er sich zu Vorzugspreisen zu verschaffen wußte, spekulierte.

Staatskommissar ist Oberregierungsrat M. Trümmer in Würzburg, der schon im Jahre 1900 für 5000 Mk. Aktien zu einem besonders billigen Preise von den Direktoren der Bank erhalten hat. Von ihm werden folgende Briefe im Wortlaut bekannt gegeben:

Würzburg, 9. August 1902.

Hochgeehrter Herr Ansbacher!

Der tägliche Verkehr mit den Herren Direktoren und Aufsichtsräten unserer Bank läßt den Wunsch, als Aktiönär derselben etwas kräftiger beteiligt zu sein als bisher, immer lebhafter hervortreten, um nicht gegen diese glücklichen Herren zu tief abzustehen.

Freilich weiß ich, wie ich in den Besitz von mehr Aktien kommen könnte, aber die Finanzierung fällt mir zu schwer. Ich bitte Sie daher, hochgeehrter Herr Ansbacher, ob Sie nicht die Güte haben möchten, den Erwerb mir zu erleichtern. Ich würde selbstverständlich Discretion bewahren und würde Ihnen in jeder möglichen Weise dankbar sein.

In Verehrung ergebenster

Trümmer, M. Reg. Rat.

Würzburg, 25. Januar 1904.

Hochgeehrter Herr Ansbacher!

Nach anrunderndem Verzeichnis habe ich per 1. Febr. 1904 in Ca. 15000 Mk. für 20 neue Aktien der B. V. B. Kredit-Anstalt inklus. für 5 Aktien der B. V. B. A., welche für mich bei Ihnen deponiert sind, einzuzahlen. Ich bitte Sie recht dringend, die Zahlung für mich gütigst zu leisten und mich für den Vertrag zu belasten. Zur Sicherheit bitte ich die bereits deponierten 10 alten Aktien zu behalten und außerdem die 5 neuen Aktien zu deponieren. Die alte Schuld (Münch. Saldo v. 31. Dezember 1903 mit 1124,50 Mk.) tilge ich durch Ueberlassung der 10 Dividenden-Coupons (pro 1903) des Depots und außerdem durch

## Der Kunststreiter.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(34. Fortsetzung.)

„Aber Du bist gar nicht erstaunt darüber?“ rief Fräulein v. Zahbern, die eine stärkere Wirkung erwartet hatte. „Und warum?“ „Graf Geyerstein ist kein eigener Herr und hat niemandem von uns Rechenschaft über seine Handlungen abzulegen. Wenn er mit seiner Familie wegen einer solchen Mesalliance übereinkommt, was sonst dürfte und würde es kümmern?“

„Von einer Heirat ist vor der Hand wohl noch keine Rede.“ rief die junge Dame, die ihr, wie sie beabsichtigt, das Gift tropfenweise zumah, „denn der Graf hat den Herrn Bertrand ebenfalls mit dort hingenommen, und er wie seine Schöne sind angeblich die Pächterleute auf dem Gute. Eigentlich ist es ein wunderliches Verhältnis, in dem sich die beiden Herren da einander gegenübersehen; aber dort in der Wildnis kann man sich über manches hinwegsetzen, und Monsieur Bertrand wird wohl schon seinen Nutzen dabei finden.“

„Derr v. Zühbig hat sich wohl sehr auf seiner Reise amüsiert?“ „Unferordentlich, und eine Menge Jährlichkeiten dabei erlebt. Einmal brach ihm ein Kad, gerade in der Nähe des „Baron Geyfels“, wie Monsieur Bertrand ja jetzt, ich weiß nicht, von wem geädelt, heißt, und er übernachtete dort. Wrigens hat er mich gebeten, keinen Gebrauch davon zu machen; Baron Geyfels hat ihn selber darum ersucht, hier in nichts davon zu erwähnen, daß er ihn gefunden hätte. — Doch Rosalie bleibt lange. Ist sie noch immer bei der Mama drüben?“

„Wahrscheinlich — sie wird später herüberkommen, um sich ankleiden zu lassen.“ „Dann werde ich doch lieber einmal zur Mama hinüberpringen und auch gleich der lieben Erzelsanz meinen Glückwunsch zu dem heutigen Tage bringen. Sie ist doch wohl?“

„Ganz wohl.“ „Und was sticht Du da Schönes?“ — das ist ja ganz prachtvoll — ein ganz reizendes Muster. Was soll denn das werden?“ „Eine Zigarettasche.“ „Also nicht für den Papa, denn der raucht nicht.“ „Nein.“ „Aha — ein Geheimnis — um auf Wiedersehen, mein

5 Divid. Coup. do., welche ich belege. Zur Verzinsung der neuen Schuld bin ich selbstverständlich gerne bereit, wobei ich den jeweiligen Zinsfuß Ihrem gütigen Ermessen anbeingebe. Im Verfallungsfall würde ich 15000 Mk. Pfälz. Bank-Aktien verkaufen müssen und dadurch einen sehr empfindlichen Schaden leiden. Die neue Schuld mit 15000 Mk. würde ich tilgen durch Ueberlassung der 60 Dividenden-Coupons unserer Bank mit jährlich 4800 Mk., so daß mit März 1907 die Tilgung perfekt wäre, wenn nicht schon früher durch weniger verlustreichen Verkauf der Pfälz. Bank-Aktien.

Für den bisherigen gütigen Beistand ganz ergebenst dankend, zeichne ich in Wiederholung meiner dringenden Bitte

in ausgereicherter Hochachtung und Verehrung  
Karl Trümmer, M. Reg. Rat.  
P. S. Im Einvernehmen mit den S. Direktoren: Der Name Furtner wurde mit dessen Einverständnis mit heringenommen, um dem Staatskommissar bei einer allenfallsigen Revision eine Verlegenheit zu ersparen. Wenn es möglich wäre, würde ich bitten, in der Korrespondenz mit der Bank meinen Namen unerwähnt zu lassen.

Würzburg, 7. November 1904.

Hochgeehrter Herr Ansbacher!  
Durch einen günstigen Umstand bin ich im Verhoff in die Lage versetzt, meine gesamte Schuld bei Ihnen per 10. d. Mts. zu vereinigen.

Ich bitte, mir umgehend die Schuldberechnung per 10. ds. in Haupt und Nebensache gütigst mitzuteilen. In Verehrung dankbar ergebenster  
Trümmer, M. Reg. Rat.

Wie gut weiß doch dieser Herr Trümmer den Menschen von seinem Amt zu trennen. Er läßt sich als Furtner in den Büchern der Bank führen, um den Herrn Staatskommissar das ist er selber — nicht in Verlegenheit zu bringen. Der Herr N. B. Regierungsrat will „etwas kräftiger“ als mit „nur“ 5000 Mk. beteiligt sein, nur, um nicht gegen die „glücklichen“ Direktoren „zu tief abzustehen“. Die Pflicht gemäße Unabhängigkeit gegenüber der Bank empfindet diese Werte von einem staatlichen Aufsichtskommissar als „Erniedrigung, und erit wenn er tüchtig mitbestimmt, fühlt er sich „gleichwertig“. Daß er alle Chancen auszunutzen gelernt hat, auch die, die ihm seine Stellung verleiht, zeigt der zweite Brief von 1904 mit dem famosen Zahlungsarrangement für seine Beteiligung bis 1907! Und schlau ist der brave Beamte! Als er im Herbst 1904 merkt, daß das von den Direktoren vertraulich abgeschlossene Abkommen mit der Diskontogesellschaft so gut wie fertig war, daß infolgedessen der Gründer-Ansbacher in Konflikt mit der Bank zu kommen drohte und vielleicht ungemütlich werden könnte, „berichtigt“ der Herr Staatskommissar schnell seine „gehaltene Schuld“ bei diesem, und durch die „Günst“ ganz „unverhoffter“ Umstände kann er das! Welches Glück, daß er sich nun nicht mehr sagen zu lassen braucht, so und so viel tausend Mark von dem Bankgründer als Geschenk erbeten und angenommen zu haben.

Auf der letzten Generalversammlung der Würzburger Hypothekendarlehenbank ist nach den Angaben der „Volksstimme“ endlich noch die Mitteilung gemacht worden, daß die Direktoren die Gebühr für die Staatsaufsicht, die 1200 Mk. jährlich beträgt, 1899 freiwillig um 1800 Mk. erhöht haben. Die Bank habe sich Ende 1899 mit einem Schreiben an das Königl. Ministerium gewandt und darin angefragt, ob sie dem Staatskommissar außer den 1200 Mk. für seine Aufsicht weitere 1800 Mk. für seine ihm zugewiesene Funktion als Treuhänder geben dürfe. Auf diese Briefe an das Ministerium sei aber keine Antwort eingelaufen und so habe man in Erwartung dieser Antwort fortgesetzt und Jahr für Jahr diese 1800 Mk. p. a. auf die Seite gelegt und ohne Kenntnis der Generalversammlung das Spesenkonto

füßes Herz — auf Wiedersehen, ich habe Dich schon lange genug gestört.“ Und ihre vorhin abgelegten Garderobestücke mit Hilfe Luises, die ein Stümmer, aber erregter Zuhörer des ganzen Gesprächs gewesen war, wieder anlegend, rauschte Fräulein Franziska aus dem Zimmer hinaus, in dem sie bitteres Weh, weit ärger, als sie wohl je gehabt, ausgefaßt hatte.

Melanie war schweigend aufgestanden, sie bis zur Tür zu begleiten — ihr Fuß brannte noch auf ihren Lippen, und eben so still wollte sie wieder zurück zu ihrem Stuhle gehen, als ihr Blick auf das teilnehmende und für sie ängstlich besorgte Gesicht Luises fiel.

„Meine Liebe, liebe Melanie.“ flüsterte die Gouvernante, „glauben Sie um Gottes willen nicht, was das Fräulein Ihnen erzählte. Fräulein v. Zahbern ist nicht wählerisch in ihren Neigungen, und der Stadtklatsch zieht alles in den Staub, was er erreichen kann.“

Melanie streckte die Hand aus, als ob sie ihr etwas erwidern wollte — aber sie vermochte es nicht. Bis hierher hatte ihre Kraft gereicht, und die Arme um den Nacken des treuen Mädchens schlingend, barg sie das Antlitz an ihrer Schulter und weinte still. Luise hörte sie auch nicht daran; sie wußte aus Erfahrung, daß Tränen den wildesten Schmerz lindern, lösen können, und ließ sie sich ruhig ausweinen. Dann aber, als Melanie ihren Platz am Stuhlrahmen wieder eingenommen hatte und nur noch den Kopf in die Hand gestützt nach den ziehenden Wolken am Himmel hinaussahnte, sagte sie freundlich:

„Es ist nicht wahr. Ich habe die feste, innige Überzeugung; es ist nicht wahr. Was Herr v. Zühbig — sollte die Kunde wirklich von ihm ausgehen — veranlaßt haben kann, ein solches Gerücht auszulprechen, weiß ich nicht, daß aber Graf Geyerstein sich mit dieser Frau so weit einlassen sollte, in ein solches, ihrem Manne gegenüber entwürdigendes Verhältnis zu treten, das glaube ich nicht, und wenn“ — Luise mochte selber über das Feuer erschrecken, mit dem sie den Grafen verteidigte, denn ruhiger setzte sie plötzlich hinzu — „wenn selbst ein anderer Mund es bestätigte, als der des Fräuleins v. Zahbern.“

„Doch, Luise, — doch — es ist wahr.“ flüsterte Melanie, „jedes Wort, das sie gesagt, ist wahr, so oft sie sonst auch übertreiben mag. Eine einzelne Lüge läßt sich erfinden und verbreiten, nicht aber ein ganzes Gewebe von Tatsachen, und daß — Graf Geyerstein jene Frau liebt — des bin ich selbst Zeuge.“

„Sie selbst?“ „Ja — fragen Sie mich nicht weiter, Luise, aber — ich habe die Beweise, und was mich am meisten schmerzt, ist

fälschlich erhöht. Und der Herr Staatskommissar habe es nicht für nötig gefunden, das zu beanstanden! So weit unser Frankfurter Parteiblatt. Man wird nun zunächst abwarten müssen, was die N. B. Staatsregierung dazu zu sagen hat.

## Soziales und Parteileben.

**Genosse Sue** ist nach einer Meldung des „Berl. Börsen-Courier“ schwer erkrankt. Hoffentlich erholt er sich recht bald wieder.

**Die Chemiker-Terrorismusaffäre**, der wir gestern Erwähnung taten, entpuppt sich immer mehr als gemeiner Unpenntreich eines anonymen nationalen Brechhalun:en. Die Direktion der Maschinenfabrik, in der die Affäre spielte, hat einer Arbeiterkommission gegenüber erklärt, sie bedauere, daß die Sache an die große Öffentlichkeit gezogen worden sei. Sie habe die Herausgabe des Materials zur Veröffentlichung verweigert. Es mußte also jemand ein besonderes Interesse daran haben, die Geschichte, die schon mehrere Wochen zurückliegt, wieder anzugraben und sie in der rationalen Lügenpresse umherzuzerren. Wahrscheinlich fürchten die nationalen Mütter, die Subventionen des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie zu verlieren, wenn sie nicht täglich mit irgend einem Terrorismuschwandel aufwarten. — In einer öffentlichen Me-tal-lar-bei-ter-ver-am-lung zu Chemnitz, die am Sonntag stattfand, wurde konstatirt, daß die Affäre mit dem Wertmeister Müller in der betreffenden „Machinensfabrik“ nichts mit der Organisation der Metallarbeiter zu tun hat. Der Bauunternehmer Müller wurde seinerzeit zur Kontrolle und Kartulation für die Arbeiter an den amerikanischen Maschinen eingestellt, aber er verstand von dieser seiner Aufgabe nichts oder nur sehr wenig. Jedemfalls, um sich seine Stellung zu beschaffen, nahm er Lohn-reduktionen vor und schikanierte die Arbeiter auch sonst in fast ungläublicher Weise. Es trat eine gewaltige Erbitterung ein, die sich eben mit der Zeit in einer Strömung zeigte, an welcher sich organisierte und unorganisierte Arbeiter beteiligten und wobei Herr Bauunternehmer Müller als Meister einer Maschinenfabrik den Kürzeren ziehen mußte. Mit der Annahme einer Resolution, in der es heißt, daß der Zweck der Veröffentlichung der Affäre nur der sein könne, die beteiligten Arbeiter zu demütigen, um sie aus der Arbeit zu bringen, und mit beizutragen, daß eventuell ein Strafverfahren gegen diese Leute eingeleitet wird, wurde die Versammlung geschlossen.

**Zehnjahrend Arbeiter verlangt!** Die Entwicklung des westlichen Kanada, das erst seit kurzer Zeit der Kultur erschlossen worden ist, macht Riesenschritte. Der einzige Mangel, der sich fühlbar macht, ist brauchbares Anstieblermaterial. Das westliche Kanada mit seinem fruchtbaren Weizenboden könnte in kurzer Zeit die Kornkammer der gesamten Welt sein, falls es möglich wäre, das Land in seinem gesamten Umfange zu bestellen. Große Eisenbahnbauten werden im kommenden Sommer ausgeführt werden, um die Erschließung der westlichen Provinzen noch mehr zu fördern. Allein für diese Arbeiten werden 6000 Leute von den kanadischen Behörden geücht, die in allernächster Zeit in allen Hafenstädten Europas, die als Auswandererhäfen in Betracht kommen, Agenturen errichten werden, um den Strom der Europäer nach dem neuen Kanada nördlich der großen Seen zu leiten. Nach den vielen schlechten Erfahrungen, die Auswanderer nach Kanada gemacht haben, ist Vorsicht sehr am Platze.

**Die Entwicklung der Parteipresse.** Infolge der steigenden Auflage unseres Münchener Parteiblattes hat sich der vor 6 Jahren neu eingerichtete Betrieb als gänzlich unzureichend erwiesen. Da eine Erweiterung in den bisherigen Räumen nicht angängig ist, so ist inmitten der Affäre ein größeres Grundstück erworben und gleichzeitig beschloffen worden, die Buchdruckerei und Verlagsanstalt G. Bert u. Co.

nur, daß ich noch schwach genug war, das so zu fühlen und — wie ich fürchte — der Jahbern verraten zu haben. Jetzt ist das vorbei; ich habe mich selber wieder, und wenn mein Herz noch törichterweise an jenem Mann hing, dem es sich in erster Neigung zugewandt, so ist das jetzt vorbei — vorbei für immer. Ihnen, Luise, konnte ich das sagen; ich weiß, wie lieb Sie mich haben und daß ich Ihnen vertrauen darf, wie einer Schwester. Ihnen war ja auch meine unglückselige Neigung kein Geheimnis, aber jetzt lassen Sie es abgetan — abgeschlossen sein zwischen uns. — Eine flüchtige Leidenschaft für jene schöne, verlorene Frau hätte ich ihm vielleicht verzeihen können — ein Verhältnis aber ihrem Gatten gegenüber, in das kein Ehrenmann treten würde, mag ihm Gott vergeben, ich kann es nicht. Wenn von jetzt an der Name des Grafen v. Geyerstein noch zwischen uns genannt wird, so sei es als der eines fremden — gleichgültigen Menschen.“

„Und wollen Sie dem Grafen nicht gestatten, sich zu verteidigen?“ „Wie kann er es?“ fragte Melanie schnell, „und hat er selbst nur den Versuch gemacht? Er weiß, daß ich das Verhältnis kenne, wenn er auch vielleicht nicht ahnt, daß ich jetzt von seinem ganzen Umfange unterrichtet bin. Von da an mied er selber unser Haus, meine Nähe, und ich bedurfte fast keines stärkeren Beweises, als dieses stille Eingestehen seiner Schuld. Lassen Sie es deshalb abgetan sein, es ist das viel besser so, als wenn wir ihn vielleicht nötigten, Unwahrheiten und Beschönigungen mir gegenüber zu versuchen. Ich kann ihn nicht mehr achten — ich möchte ihn nicht auch noch v er achten lernen.“

„Der arme Graf!“ seufzte Luise, „und wenn er nun doch unschuldig wäre, wenn irgend ein unglückseliges Mißverständnis...“ „Beruhigen Sie sich, Luise; das ist es nicht. Hätte ich mich nicht selber überzeugt — wüßte ich nicht drei, vier verschiedene Fälle, in denen er mit jener Frau in Verbindung stand, ja ich würde es auch glauben. Madame Bertrand hat ihn aber sogar verkleidet auf seinem Zimmer besucht — verlangen Sie einen stärkeren Beweis?“

„Das wäre allerdings stark genug, wenn es erwiesen...“ „Es ist erwiesen und die Sache erledigt. Gott sei Dank, ich habe mich selbst wiedergefunden, und keine solche Schandache soll mich je wieder bewältigen. Aber still; ich glaube, Rosalie kommt zurück und wird ihren Fuß in Ordnung bringen wollen.“ „Es ist die Erzelsanz“, sagte Luise, „ich höre Ihre Stimme.“ „Meine Mutter?“

